

Stellungnahme CologneAlliance e.V. zum Konzept „Weiterentwicklung der Kölner Städtepartnerschaftsarbeit 2020“

An die Ratsausschüsse

- Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales (AVR)
- Kunst und Kultur
- Schule und Weiterbildung
- Jugendhilfe
- Sport
- Wirtschaft

Integrationsrat

Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Hinweis auf die Sitzung des AVR-Ausschusses vom 31.08.2020, in der oben genanntes Konzept erstmals behandelt wurde, möchte CologneAlliance, die gemeinsame Plattform der Kölner Partnerschaftsvereine, die Gelegenheit zu einer eigenen Stellungnahme nutzen. Dabei möchten wir darauf hinweisen, dass CologneAlliance und einige ihrer Mitglieder Ende 2017 zusammen mit anderen Vertretern des zivilen Sektors Input zu den ersten Entwürfen geben konnten, die sich auch in dem aktuellen Konzept wiederfinden, insbesondere was die Rolle von CologneAlliance in der weiteren Umsetzung der vom Rat 2016 definierten Schwerpunkte betrifft.

1. Zunächst einmal sind wir sehr erfreut, dass die besondere Rolle des zivilen Sektors und damit auch der Partnerschaftsvereine in der Bestandsaufnahme der Beziehungen Kölns zu den aktuell 22 internationalen Städtepartnerschaften gewürdigt wird. Wir teilen auch die Einschätzung des Berichtes, dass die veränderten politischen Rahmenbedingungen (genauso wie die aktuelle Coronakrise) die Bedeutung von Städtepartnerschaftsarbeit und damit des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausches über nationale Grenzen hinweg, wichtiger denn je macht. Städtepartnerschaftsarbeit überzeugt dann, wenn sie nicht abstrakt, sondern anfassbar und als für die Menschen sinnvoll und relevant vermittelt wird. Die Vielfalt, Freude und Engagiertheit von ehrenamtlich Engagierten zeigt in konkreten Projekten den Sinn von Städtepartnerschaftsarbeit auf und hilft, die Bindung zu unseren Partnerstädten zu vertiefen.
2. CologneAlliance wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten – wie im Konzept dargestellt – bei den vom Rat 2016 definierten Schwerpunkten engagieren. Wir möchten allerdings auch herausstellen, dass die Arbeit unserer Partnerschaftsvereine im Sinne eines nachhaltigen Austausches wesentlich breiter angelegt ist und sich beispielsweise auch auf wirtschaftliche, umweltpolitische, technologische, kulturelle oder sportliche Fragen und

Projekte erstreckt. Dies sollte sich auch in der finanziellen und ideellen Unterstützung seitens der Stadt widerspiegeln.

3. Kritisch sehen wir, dass zum Schwerpunkt Internationaler Jugendaustausch (IJA) Partnerschaftsvereine lediglich „anlassbezogen“ eingebunden werden sollen (S.73). Hier wünschen wir uns eine gleichberechtigte Beteiligung, die auch die direkte Erlangung von Fördermitteln – ohne zwangsweise Kooperation mit einem anerkannten Träger der IJA – einschließt. Aufgrund eigener langjähriger Erfahrungen von Partnerschaftsvereinen in diesem Bereich sehen wir, dass diese die berechtigten Ansprüche an die Qualität genauso gut eigenständig erfüllen können.
4. Ein wichtiges gemeinsames Anliegen von Politik und Zivilgesellschaft liegt in der Motivation jüngerer Menschen, sich für Städtepartnerschaftsarbeit zu engagieren. CologneAlliance hat mit diesem Ziel unter ihrem Dach eine junge Projektgruppe gegründet, die geeignete Themen, Kommunikationskanäle und Möglichkeiten der Beteiligung auch ohne formale Vereinsmitgliedschaft entwickeln soll. Hier setzen wir auf ideelle und materielle Unterstützung seitens der Stadt Köln.
5. CologneAlliance wurde 2014 auch mit dem Ziel gegründet, Vertreter der Kölner Wirtschaft verstärkt für die Städtepartnerschaftsarbeit zu interessieren. Vor dem Hintergrund wünschen wir uns, dass dieses Ziel auch in dem Konzept der Verwaltung stärker herausgearbeitet wird. Einen Verweis auf das Standortmarketing (S.80) halten wir für unzureichend.
6. Bei offiziellen Reisen in die Partnerstädte soll weiter der Beschluss des Rates von 2008 Beachtung finden, welcher Vertreter der Städtepartnerschaftsvereine in solche Reisen mit einbezieht.
7. Uns ist bewusst, dass Köln vor dem Hintergrund der aktuellen Coronakrise vor noch nicht absehbaren (nicht nur) finanziellen Herausforderungen steht. Eine Fokussierung der vorhandenen Mittel ist notwendig. Dabei bleiben jedoch ausreichende Ressourcen für eine Stärkung der Städtepartnerschaftsarbeit aus den aufgezeigten Gründen wichtig – dies gilt sowohl für die Verwaltung als auch für den zivilen Sektor mit den Partnerschaftsvereinen. Wir fordern deshalb eine angemessene Erhöhung des Fördertopfes „Städtepartnerschaftsmaßnahmen“ sowie eine Erhöhung des seit 2008 (!) unveränderten jährlichen Zuschusses zu den Verwaltungskosten der Partnerschaftsvereine von derzeit 1.000€ auf mindestens 1.500€. Ein Zuschuss in dieser Höhe sollte für alle von der Stadt anerkannten Städtepartnerschaftsvereine gewährt werden. Auch fordern wir eine Aktualisierung der Förderrichtlinie „Städtepartnerschaften gestalten“ dahin gehend, dass der Beitrag für ehrenamtliche Arbeitsstunden von 10€ auf 15€ erhöht wird. Unsere Erwartung ist, dass die genannten Mittel bereits im Haushalt 2021 zur Verfügung stehen.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass wir unsere Mitglieder gebeten haben, spezifische Rückmeldungen ihres Vereins ergänzend direkt bei Ihnen vorzutragen. Wir bitten um eine angemessene Prüfung dieser Kommentare.